

Der Verein als Resonanzraum unserer wehrhaften Demokratie

THESE 10: Bürgerschaftliches Engagement ist gelebte Demokratie

geschrieben von Michaela Röhrbein

Zwei Vereine in einer Kleinstadt an einem Donnerstagabend, die Engagierten besprechen aktuelle Tagesordnungspunkte, wählen einen neuen Vorsitz. Der eine Verein öffnet seine Türen weit, neue Gesichter sind willkommen, Entscheidungen werden diskutiert und gemeinsam getragen. Der andere Verein? Hält die Fenster geschlossen, man bleibt unter sich, neue Mitglieder bestärken die eigenen Ansichten, Kritik gilt als Illoyalität und zum Vorsitz wird diejenige Person gewählt, die ohnehin das Sagen hat. In beiden Vereinen bringen sich Menschen ein und wollen ihre Gemeinschaft gestalten. Die einen tun dies im Licht unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Die anderen sind die »dark side of civil society«. Und weil die Realität selten so klar ausgeleuchtet ist wie in diesen Beispielen, sondern sich gerade heute oft in Graubereichen zeigt, sollten wir sehr aufmerksam sein.

Bürgerschaftliches Engagement ist gelebte Demokratie? Nicht automatisch. Es braucht ein unverhandelbares Ja zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung, zu Schutz und Achtung von Grund- und Menschenrechten. Das hat auch die Bundesregierung deutlich gemacht, als sie bürgerschaftliches Engagement jüngst als den freiwilligen, unentgeltlichen und am Gemeinwohl orientierten Einsatz auf Basis der freiheitlich-demokratischen Grundordnung bezeichnete. Auf dieser Basis – und damit auf der Basis der Werte, auf denen sie ruht – zu handeln, ist weder Formsache noch ein nice to have. Unsere gelebte Demokratie wird auch daran entschieden, wie wir im Verein der Schulmensa-Eltern, dem Verein der pflegenden Angehörigen oder dem Förderverein der Fußballjugend mit diskriminierendem, menschenfeindlichem Verhalten oder mit demokratiezersetzenden Meinungen umgehen.

Ehrenamtliches Engagement – ob im Sport, im Natur- oder Umweltschutz oder in Kultur und Brauchtum – besitzt einen hohen gesellschaftlichen Eigenwert. Demokratiestärkend wird es dort, wo in unseren Vereinen jene Werte gelebt werden, die das Fundament unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung bilden. Diese Werte geraten heute zunehmend unter Druck, politisch-spalterische Strömungen gewinnen an Raum. Aus diesem Grund kommt dem organisierten Sport in Deutschland nicht nur eine besondere Bedeutung, sondern auch eine besondere Verantwortung zu. Denn mit fast 30 Millionen Mitgliedschaften in über 86.000 Sportvereinen ist er nicht nur unsere größte Bürgerbewegung. Er ist auch ein sozialer Seismograf und Resonanzraum, in dem sich Weltbilder begegnen. Wenn im Fußballtraining der B-Jugend Gymnasiasten und Hauptschüler als ein Team zusammenkommen oder die Tischtennisgruppe des Dorfvereins Geflüchtete aufnimmt, entsteht in der geteilten Freude an der Bewegung ein Lernort, der Menschen befähigen kann, in Gemeinschaft, Fairness und Verantwortung füreinander demokratische Grundhaltungen zu leben. Dieser Ort ist auf Menschen, die für ihn eintreten, zwingend angewiesen. Demokratie im Sportverein und in allen Formen bürgerlichen Engagements basiert auf institutioneller Struktur, heißt: durch eine Vereinssatzung, die demokratische Entscheidungsprozesse exakt ausbuchstabiert. Doch Papier ist geduldig. Jede Vereinssatzung birgt dasselbe Paradoxon wie unsere freiheitlich demokratische Grundordnung: Sie lebt von Voraussetzungen, die sie selbst nicht garantieren kann. Demokratie und Rechtsstaat sind auf bestimmte Werthaltungen bei ihren Bürgerinnen und Bürgern angewiesen, und damit komme ich zurück zum Sport und den Werten, die ihm zu eigen sind: Respekt und Offenheit, Solidarität, Fairness und Regelgebundenheit. Wer sich im Sport engagiert, ob als Übungsleitende, als Trainer oder ehrenamtliche Vorsitzende, teilt diese Werte in der Regel nicht nur, sondern macht sie mit seinem Engagement in und für die Gemeinschaft lebendig.

Für diese Werte einzustehen und sich einzumischen, wenn sie in Gefahr sind, das verlangt heute

mehr denn je Haltung und Mut. Mut, Diskriminierung klar zu benennen, Vielfalt sichtbar zu stärken und so Räume echter Beteiligung zu schaffen. Diesen Mut unterstützen die Dachverbände des Sports durch gute Satzungen, Praxismaterial für und Beratung von Vereinen. Doch das genügt nicht. Wir müssen das Ehrenamt auch endlich von der bürokratischen und zeitlichen Belastung befreien, die es vielen zu schwer macht, sich, nicht nur im Sport, sondern in allen Bereichen unserer Gesellschaft einzubringen. Sonst laufen wir nicht nur Gefahr, dass vor allem kleine, zusehends überalterte Vereine, die auf ehrenamtliches Engagement essenziell angewiesen sind, nicht überleben.

Eine wehrhafte Demokratie entsteht dort, wo engagierte Bürgerinnen und Bürger ihre gemeinsamen Räume offen, respektvoll und in echter Teilhabe gestalten. Spätestens hier ist ausdrücklich auch die Politik in der Pflicht. Es liegt auch an ihr und den Rahmenbedingungen, die sie setzt, an der Autonomie, die sie garantiert und der Wertschätzung, die sie zeigt, damit unsere Vereine, ob im Sport, in der Kultur, im Engagement für den Klimaschutz, für ein Hobby, für Migrantinnen und Migranten, für queere Menschen, für Frauen oder Menschen mit Behinderung, Orte gelebter, wehrhafter Demokratie bleiben. Denn wir sollten nie vergessen, dass genau hier – in der Turnhalle beim Rollstuhlsport, auf dem Herbstfest des AK Asyl, im Begegnungsraum des Naturschutzvereins oder bei den wöchentlichen Treffen des Repaircafés – sich Tag für Tag und überall in Deutschland ein unerschrockenes, beharrliches Team Deutschland unserer Zivilgesellschaft für unsere freiheitlich-demokratische Ordnung engagiert.

Dieser Text ist zuerst erschienen in [Politik & Kultur 12/2025](#).